

Mainz, 24.01.2014

Antrag **2015/2012/1 zur Sitzung Stadtrat am 05.12.2012**

**Gemeinsamer Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 1718/2012  
„Sachstandsbericht betreffend Rathaussanierung; hier:  
Sachstandsbericht und Grundsatzbeschluss Rathaussanierung,, (CDU,  
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Das Mainzer Rathaus ist Ausdruck der bürgerschaftlichen Tradition in unserer Stadt. Erst mit dem Bau des jetzigen Rathauses am Rheinufer haben die Mainzer Bürgerinnen und Bürger ihr Rathaus Anfang der 70er Jahre zurückerhalten. Das Rathaus sollte als Symbol für bürgernahe und offene Verwaltung in der Mitte der Stadt bleiben.

Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich, dass die Verwaltung die seit langem schwebende Rathaus-Sanierung angeht und nun eine Machbarkeitsstudie zugleich versehen mit einem Finanzierungskonzept vorgelegt hat.

Bevor der Stadtrat einen grundsätzlichen Beschluss zur Frage der Sanierung des Arne-Jacobsen-Baus trifft, soll im Vorfeld ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um Alternativen zu prüfen, Anforderungen zu klären, Optimierungen einzuarbeiten und in Bürgerveranstaltungen ausführlich zu informieren und zu debattieren.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1) den Raumbedarf der einzelnen Ämtern und Abteilungen durch ein externes Planungsbüro zu ermitteln (RLBau) und überprüfen zu lassen. Dieses Raum- und Nutzungskonzept soll zeigen, wie durch eine effizientere Raumnutzung im Rathaus, im Stadthaus, auf der Zitadelle und in allen anderen städtisch genutzten Gebäuden Flächen eingespart werden können. Zudem soll ge-

prüft werden, ob Ämter und Abteilungen mit hoher Bürgerfrequenz im Rathaus konzentriert werden können. Darüber hinaus soll geprüft werden, wie das Raum- und Nutzungskonzept an den vorhandenen Standorten und an Alternativstandorten umsetzbar ist.

- 2) aufzuzeigen, welche Alternativen planerisch und wirtschaftlich für eine Sanierung am bestehenden Standort vorliegen. Insbesondere Varianten der bisher vorgelegten Planung und die Möglichkeit eines Neubaus sollen dargestellt werden.
- 3) öffentliche Bürgerveranstaltungen durchzuführen, die die Themen Finanzierung, Alternativen und den rechtlichen Rahmen von Beteiligung umfasst. Zu diesen Bürgerveranstaltungen sollen externe Fachleute eingeladen werden.
- 4) die Machbarkeitsstudie öffentlich vorzustellen.
- 5) in Gesprächen mit dem Denkmalschutz zu erwirken, dass sich die Ansprüche des Denkmalschutzes an die finanziellen Gegebenheiten der Stadt Mainz orientieren sollen. Im Rahmen der Untersuchungen zur Sanierung und Umbau des Rathauses ist jeweils herauszuarbeiten, welche Auswirkungen dies auf die den Denkmalwert prägenden Elemente haben würde.
- 6) Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit der PMG eine Konzeption vorzulegen, wie die mit dem Rathaus verbundene Tiefgarage zeitgleich saniert werden kann. Dabei sind auch die Kosten und deren Finanzierung darzustellen.
- 7) Die Verwaltung wird gebeten, für alle bestehenden Mietverhältnisse von Verwaltungseinrichtungen (ausgenommen sind Kindertagesstätten und Schulen) den Mietzins pro Quadratmeter darzustellen.

- 8) entsprechend dem Vorschlag des Werkbundes sind in einer SWOT-Analyse (Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Möglichkeiten), Threats (Risiken) (siehe auch Vorschlag des DWB)) auch die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Aspekten herauszuarbeiten.
  
- 9) die Alternativen sind mit Kostenangaben zu unterlegen. Die bislang erstellten Kostenangaben sind belastbar fortzuschreiben und in eine Kosten-Nutzen-Analyse einzustellen.

Der Stadtrat beabsichtigt sobald wie möglich im Jahr 2013 über die Zukunft des Mainzer Rathauses zu entscheiden.

Hannsgeorg Schöning, CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Eckart Lensch, SPD-Fraktionsvorsitzender

Ansgar Helm-Becker, Fraktionssprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Walter Koppius, FDP-Fraktionsvorsitzender